

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XX1/63

Bonn, den 31. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Rechts überholen ?

42

Freie Demokraten stehen vor einer schweren Aufgabe

2 - 4

Interessante Zahlen...

121

Der Einfluß der Frauenstimmen auf die Bundestagswahlen

Von Helen Wessel, MdB

4

Folgen der Revolution

31

Anna Kéthly über die Lage in Ungarn

5

Hat Herr Schwarz das vergessen ?

45

Landarbeiterwohnungsbaue ist auch Strukturverbesserung

Von Hans Scheja, Bonn

+ + +

## Rechts Überholen ?

Freie Demokraten stehen vor einer schweren Aufgabe

sp - Als der Bundesvorstand der FDP am Mittwoch seine Beratungen abgeschlossen hatte, stellten sich einige ihrer Mitglieder die bange Frage, ob ihre Partei nach den Wahlniederlagen in Hamburg und Bayern jetzt die Absicht habe, die hier und dort wiedererstandene Pest des Rechtsradikalismus rechts überholen zu wollen. Eine verlorene Wahl ist für keine Partei ermutigend, und gewiß muß auch die FDP die Ursachen der nicht befriedigenden Wahlergebnisse untersuchen. Das ist sich auch diese Partei selbst schuldig. Wenn nun aber im ersten Schock der Enttäuschung in den Spitzengremien der FDP hier und dort die Meinung geäußert wird, die Partei müsse sich von ihren bisherigen Koalitionspartnern freischwimmen, müsse den "Geist der Stunde" respektieren und jetzt den zur NPD gelaufenen früheren FDP-Wählern zeigen, was "wahrer Nationalismus" sei, dann gibt sie sich selbst auf.

Keine Partei hat bisher dadurch Stimmen gewinnen können, daß sie ihre Ursprünge vergaß und sich gebärdete, als könne sie noch radikaler sein als die Radikalen. Das trifft sowohl auf den Links- als auf den Rechtsradikalismus zu. Immer endeten Parteien im Sektierertum und verschwanden schließlich ganz von der Bildfläche, wenn ihre Führungen den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollten. Die Weimarer Republik mit ihren zahlreichen Splitterparteien ist für diese historische Erfahrung ein bereites Zeugnis. Am Ende der ersten deutschen Demokratie gerieten alle jene Wählergruppen, die an den nationalistischen Schweinehund im Spießbürger appellierten, in den Sog des wirklichen Schweinehundes. Sie wurden von der NSDAP aufgefressen, ihre Führer erhielten Fußtritte und ihre Anhänger wurden verhöhnt. Als der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, durfte er gehen.

Rechtsradikalismus ist eine Pest, eine Krankheit, genauso wie jeder andere Radikalismus. Im speziellen Falle Deutschland würde das Anwachsen des Rechtsradikalismus Wasser auf die Mühlen aller jener in Ost und West sein, die nie aufgehört haben, zu behaupten, die Deutschen hätten sich nicht geändert.

Wir glauben nicht, daß sich in der FDP eine Mehrheit finden wird, die ihrer Partei jetzt den Wettlauf mit dem Rechtsradikalismus zumutet oder sich gar einbildet, den Rechtsradikalismus ungestraft rechts überholen zu können; dazu gibt es in der FDP zuviele Frauen und Männer, die zutiefst von der Daseinsberechtigung einer liberalen Partei überzeugt sind. In ihnen lebt immer noch der Geist eines Theodor Hauss und einer Marie Elisabeth Lüders.

Die Führung der FDP wird es nicht leicht haben, gewissen Versuchungen in ihren eigenen Reihen zu widerstehen. Sie kann die ihr gestellte Aufgabe jedoch nur erfüllen, wenn sie sich darauf besinnt, unter welchem Gesetz sie angetreten ist.

Interessante Zahlen...

Der Einfluß der Frauenstimmen auf die Bundestagswahlen

Von Helene Wessel, MdB

Über das Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1965 veröffentlichte "Wirtschaft und Statistik" (Heft 2, Februar 1966) die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes.

Die Zahl der wahlberechtigten Männer ist gegenüber der Bundestagswahl 1961 um 427 000 auf insgesamt 17,4 Millionen, diejenigen der Frauen dagegen um 628 000 auf 21,0 Millionen gestiegen. Der Frauenüberschuß unter den Wahlberechtigten hat somit weiter zugenommen. Dabei ist besonders charakteristisch die starke Zunahme der Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren (22 Prozent), die den starken Geburtsjahrgängen vor und zu Beginn des zweiten Weltkrieges angehören und die der 60-jährigen und älteren Frauen (25,2 Prozent). Die Zahl der älteren Wahlberechtigten wird auch in Zukunft steigen und bei den Frauen infolge der Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges der Männer in höherem Maße, wodurch der Frauenüberschuß sich noch vergrößern wird.

Dagegen war bei den Erstwählern die Zahl der Männer und Frauen fast gleich in dem Rückgang gegenüber der Wahl von 1961. Sie betrug 15,4 Prozent bei den Männern und 15,8 Prozent bei den Frauen. Diese Geburtsjahrgänge von 1937 bis 1940 sind relativ schwach besetzt.

Diese Ergebnisse der wahlberechtigten Männer und Frauen zeigen den starken Einfluß des Ersten und Zweiten Weltkrieges auf die Zusammensetzung unseres Volkes. Der Frauenüberschuß im deutschen Volk ist tatsächlich eine Folge der beiden Weltkriege. Das zeigt insbesondere auch die starke Verminderung der gegenüber 1961 50- bis 60-jährigen männlichen Wahlberechtigten um 8,2 Prozent; die Angehörigen dieser Geburtsjahrgänge haben im Zweiten Weltkriege die stärksten Verluste erlitten.

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1965 betrug insgesamt 86,8 Prozent. Dabei war der Anteil der Männer 87,5 Prozent, der der Frauen 84,6 Prozent. Die Frauen haben danach ihr Übergewicht von 3,6 Millionen Stimmen nicht genutzt. Rund 576 000 Frauenstimmen sind dadurch verloren gegangen, daß die Frauen nicht im gleichen Umfang gewählt haben wie die Männer. Auch bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 war die Wahlbeteiligung der Frauen niedriger als die der Männer. Sie betrug

1957 = 3,3 Prozent, 1961 = 2,7 Prozent, 1965 = 2,9 Prozent.

Dagegen haben die Frauen mit 7,3 Prozent häufiger als die Männer mit 6,8 Prozent von der Wahlscheinwahl Gebrauch gemacht. Hierfür ist die Ursache vor allem die höhere Zahl der älteren Frauen gegenüber den Männern.

Besonders beachtenswert ist wie bei früheren Wahlen die niedrige Wahlbeteiligung der Erstwähler. Sie betrug bei der Bundestagswahl

1957 = 80,6 Prozent, 1961 = 79,5 Prozent, 1965 = 76,8 Prozent.

Die Erstwähler sind die Altersgruppe, bei der die Wahlbeteiligung am stärksten abgenommen hat. Bei der Bundestagswahl 1965 blieb fast ein Viertel der Erstwähler der Wahl fern. Die Wahlbeteiligung der 21- bis 25-jährigen Frauen war etwas größer (77,5 Prozent) als die der gleichaltrigen Männer (76,1 Prozent).

Die eifrigsten Wähler sind die 50- bis 60-Jährigen. Mit 91,3 Prozent haben hier die Männer die höchste Wahlbeteiligung. In keiner

Altersgruppe zeigen die Frauen den gleichen Wahleifer. Auch bei ihnen sind es die 50-bis 60-Jährigen, bei denen mit 88,1 Prozent die höchste Wahlbeteiligung festgestellt werden konnte. Nach dem 60. Lebensjahr sinkt die Wahlbeteiligung der Frauen gegenüber der der Männer. Von den Frauen ab 70 Jahren gingen noch 74,8 Prozent zu den Wahlen, dagegen von über 70-jährigen Männern 86,4 Prozent.

Bei der Bundestagswahl 1965 wurden die gültigen Zweitstimmen zu 46,2 Prozent von den Männern und zu 53,8 Prozent von den Frauen abgegeben. Nicht nur in dem Unterschied der Höhe der Stimmabgabe zwischen Männern und Frauen, sondern vor allem in der unterschiedlichen Wahl der einzelnen Parteien sind die Ergebnisse der Bundestagswahlen zu sehen. Wie bei den früheren Bundestagswahlen haben die Frauen abermals 1965 durch ihre größere Zahl erneut Gelegenheit gehabt, das Wahlergebnis weit stärker zu beeinflussen als die Männer, wobei vor allem entscheidend ihre Bevorzugung der einen oder anderen Partei ist.

Die Frauen sind unter den Wählern der CDU/CSU in der Mehrzahl, bei der FDP mit einem geringen Vorsprung, demgegenüber die Männer bei der SPD, NDP und DFU. Mit 59,6 Prozent war der Anteil der Männer besonders groß bei der NDP, etwas geringer mit 53,7 Prozent bei der DFU. Bei der SPD betrug er 51,2 Prozent, was gegenüber 1961 mit 51,3 Prozent fast der gleiche ist. Die CDU/CSU ist durch die hohe Stimmabgabe der Frauen mit 58,7 Prozent gegenüber 42,3 Prozent Männerstimmen von Wahl zu Wahl stärker zu einer Frauenpartei geworden. Von der SPD in gleicher Weise zu behaupten, sie wäre zu einer Partei mit vorwiegend männlichen Wählern geworden, stimmt dagegen nicht, denn der Anteil der Männer- und Frauenstimmen hat sich nicht wesentlich verändert. Er betrug

	<u>Männerstimmen</u>	<u>Frauenstimmen</u>
1957	51,7 Prozent	48,3 Prozent
1961	51,3 Prozent	48,7 Prozent
1965	51,2 Prozent	48,8 Prozent

Somit beträgt der Unterschied zwischen dem Anteil der männlichen und weiblichen Wähler der Bundestagswahl 1965 bei der SPD = 2,4 Prozent, bei der CDU/CSU dagegen 17,4 Prozent.

Interessant ist auch die Entwicklung des Stimmenanteils der Parteien bei den einzelnen Bundestagswahlen. Die CDU/CSU schnitt am besten mit 50,2 Prozent der gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1957 ab. 1961 fiel ihr Stimmenanteil auf 46,0 Prozent, er stieg dann wieder auf 48,8 Prozent bei der Bundestagswahl 1965. Die SPD hat demgegenüber von Wahl zu Wahl einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, zuletzt von 1961 bis 1965 von 36,5 Prozent auf 40,7 Prozent.

Welchen Anteil haben die Männer- und Frauenstimmen bei dieser Entwicklung? Bei der Bundestagswahl 1961 haben die Männer in nahezu demselben Umfang SPD wie CDU/CSU gewählt. Von 1961 auf 1965 ist der Anteil der für die CDU/CSU abgegebenen Männerstimmen wieder gestiegen. Dieser Stimmengewinn der Männer bei der CDU/CSU hielt aber mit dem der SPD nicht Schritt. Während die SPD ihren Stimmenanteil bei den Männern von 39,7 Prozent auf 44 Prozent steigern konnte, hat die CDU/CSU nur von 40,3 Prozent auf 42 Prozent ihre Männerstimmen erhöhen können. Aber auch der Anteil der Frauenstimmen für die SPD ist höher geworden. Mit 36,2 Prozent bei der Bundestagswahl 1965 hat ein größerer Teil der Frauen sich für die SPD entschieden als bei jeder Bundestagswahl zuvor. Im Jahre 1957 stimmten nur 28,9 Prozent und 1961 = 32,9 Prozent der Frauen für die SPD. Während der Abstand der Frauenstimmen zwischen CDU/CSU und SPD bei der Wahl 1961 noch 16,7 Prozent betrug, verringerte er sich 1965 auf 15,5 Prozent, was bedeutet, daß die SPD um etwa die Hälfte mehr Frauenstimmen hinzu gewann als die CDU/CSU.

Trotz dieser Zunahme an Frauenstimmen für die SPD ist die Stellung der CDU/CSU durch die starke Unterstützung der Frauen nicht zu übersehen. Dabei ist beachtenswert, daß von den jüngsten und ältesten Frauen sich weit mehr für die CDU/CSU entschieden als von den Frauen zwischen 30 und 60 Jahren. Besonders eindeutig haben sich die über 60-jährigen Frauen für die CDU/CSU entschieden, die dieser Partei zu 56 Prozent ihre Stimmen gaben. Im Wahljahre 1961 verdankte die CDU/CSU ihre Stellung als stärkste Partei fast nur den Frauenstimmen und 1965 nur noch den Frauenstimmen. Obwohl die SPD 1965 nicht nur unter den Männern, sondern auch unter den Frauen neue Wähler gewann, gelang es ihr nicht, die CDU/CSU von ihrem Platz zu verdrängen und stärkste Partei zu werden. Zur Erreichung dieses Zieles hätte es eines weit stärkeren Wahlerfolges bei den Frauen bedurft. Diese Erkenntnis bedeutet für die SPD im Hinblick auf die Bundestagswahl 1969 einen besonderen Auftrag für die Frauenarbeit in der Partei.

+ + +

#### Folgen der Revolution - Anna Kéthly über die Lage in Ungarn

---

sp - Anna Kéthly, die seit den Oktobertagen 1956 im Exil lebende Vorsitzende der Ungarischen Sozialdemokratie, hat der Deutschen Welle ein Interview über die derzeitige Lage in Ungarn gegeben, das Beachtung verdient. Auf die Frage, ob während der letzten fünf Jahre günstige Änderungen in der ungarischen Lebensform zu verzeichnen sind, sagte sie: "Es ist beinahe ganz sicher, daß diese Erleichterungen... die Folgen der Revolution sind. Auch nach der Niederschlagung der Revolution kann man nicht wieder zu jenen Methoden zurückkehren, mit denen die Diktatur sich gegen den Willen des Volkes behauptet hatte. Meiner Meinung nach spielte bei der Entfaltung dieser Stimmung die zur Verehrung der Demokratie und zum Respekt gegenüber dem Volkswillen durch die Sozialdemokratische Partei Ungarns erzeugte Arbeiterschaft eine entscheidende Rolle."

Der Rücktritt Janos Kádárs vom Amt des Ministerpräsidenten hat auch im Ausland zu vielen Spekulationen geführt und wurde vor allem in Zusammenhang gebracht mit der Freundschaft, die zwischen Kádár und Chruschtschow bestand. Nach Anna Kéthly ist es sicher, daß nach der Revolution und der nachfolgenden Entspannung in Ungarn für Kádár eine gewisse Popularität entstand. "Wenn aber nun in der Sowjetunion und auch in den Satellitenstaaten eine härtere Politik die Oberhand gewinnt, dann muß die Kádár'sche Entspannungspolitik unbedingt eine Änderung erleiden."

Welche Rolle spielt der Neostalinismus? Hier äußerte sich Anna Kéthly ziemlich zuversichtlich, weder in Ungarn noch in den anderen Ostländern könne der Neostalinismus seine frühere Kraft vollkommen zurückgewinnen. "Die Organisation der aus Osteuropa geflüchteten Sozialdemokraten stellt fest, daß in jedem Lande, das sie zu verlassen gezwungen waren, dieser Kampf zwischen der Tendenz zur Rehabilitierung Stalins und zur Fortsetzung der "neuen" Linie... geführt wird. Wir halten es für wahrscheinlich, daß schließlich in jeder Lande jene Kräfte den Sieg davontragen werden, die für die Änderungen eintreten und Fürsprecher der Entspannung sind; diejenigen, die das freiere Atmen und die Mäßigung der Diktatur fordern."

+ + +

- 5 -

Hat Herr Schwarz das vergessen ?

Landarbeiterwohnungsbau ist auch Strukturverbesserung

Von Hans Scheja, Bonn

Bei den Beratungen über den Einzelplan des Landwirtschaftsministers lehnte der Ernährungsausschuß den sozialdemokratischen Antrag ab, für den Landarbeiterwohnungsbau im Grünen Plan 1966 den gleichen Betrag wie im Vorjahr zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag in Höhe von 25 Millionen DM reichte 1965 schon nicht, um die gestellten Anträge durchführen zu können. Die im Regierungsentwurf für 1966 vorgesehenen 17 Millionen DM sollten der Abwicklung der Überhanganträge von 1965 dienen und dann sollte die einzige Maßnahme im Grünen Plan für Landarbeiter beendet werden.

Diese Absicht steht im krassen Widerspruch zur Zusage des damaligen Landwirtschaftsministers Schwarz vom 17. 4. des Vorjahres, als er noch versprach, die Förderungsrichtlinien für den Landarbeiterwohnungsbau den veränderten Verhältnissen anzupassen.

- \* Eine Untersuchung in Niedersachsen hat ergeben, daß die jährlichen Belastungen für Landarbeitereigenheime 1965 3,167.- TM betrug. Dieser hohe Betrag machte es gerade den jungen Lohnarbeitern mit kleineren Einkommen unmöglich, sich einen angemessenen Wohnsitz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu schaffen.
- \* Daher ging die Zahl der geförderten Eigenheime von 1960 bis 1965 um die Hälfte zurück und zwar von 3 000 auf 1 500.

Angesichts dieser Entwicklung stellte Minister Schwarz in Aussicht, die Beihilfe von 7 000 auf 10 000 erhöhen, damit neben den besser verdienenden Spezialarbeitern und Meistern auch junge Arbeitnehmer mit geringerem Verdienst diese Förderung in Anspruch nehmen konnten. Das Ergebnis der diejährigen Haushaltsberatungen im Ernährungsausschuß zeigt wieder einmal deutlich, was vor den Zusagen prominenter CDU-Agrarpolitiker zu halten ist.

Die noch nicht zum Stillstand gekommene Abwanderung von Arbeitskräften stellt die Landwirtschaft vor schwierige Probleme. Entweder müssen als Ersatz teure Maschinen, die nur ungenügend ausgelastet sind, angeschafft werden oder der Betrieb muß extensiviert werden, was nicht selten eine Verschlechterung der Rentabilität mit sich bringt. Die in der Landwirtschaft heute mit hohen Kosten ausgestatteten Arbeitsplätze erfordern ein gut ausgebildetes Stammpersonal. Diese Spezialarbeitskräfte wiederum erwarten auf dem Lande gleiche Lebensbedingungen wie sie in der Stadt selbstverständlich sind. Die Förderung des Landarbeiterwohnungsbau erleichterte die Angleichung dieser Voraussetzungen.

Die Aufstockung der Mittel für den Landarbeiterwohnungsbau von 17 auf 25 Millionen DM hätte grundsätzlich zur Verbesserung der Produktionsbedingungen der Landwirtschaft beigetragen. Es ist falsch, nur Einzelmaßnahmen zu fördern ohne die Gesamtentwicklung zu berücksichtigen. Der Landarbeiterwohnungsbau ist unter diesem Gesichtspunkt ähnlich wie die Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft eine Strukturmaßnahme.